

Neubeginn oder Übernahme?

Die deutsche Einheit als kulturpolitische Zäsur

WOLFGANG THIERSE

Hat die kulturelle Substanz
»keinen Schaden« genommen?
Transformation als Innovation
oder Restauration?

HANS JOACHIM MEYER

Was war. Was blieb. Was kam

MICHAEL SCHINDHELM

Neubeginn oder Übernahme?
Die Erosion des öffentlichen
Kulturauftrags und die
Entstehung des Kulturplasmas

KLAUS HEBBORN

Kommunale Kulturpolitik
und deutsche Einheit

RÜDIGER KOCH

Potenziale des Möglichen
in Magdeburg. Verantwortung
übernehmen und kultur-
politisch handeln

SABINE KUNST

Kulturpolitik nach der
Wiedervereinigung –
Neuausrichtung und beständige
Weiterentwicklung

ULF GROßMANN

Soviel Anfang war nie –
Kulturpolitik nach der »Wende«.
Entwicklung der kulturellen
Infrastruktur in den alten und
neuen Bundesländern

TOBIAS J. KNOBLICH

Kulturpolitik nach der
»Wende« – Verständnis und
Missverständnisse

KRISTINA VOLKE

Land und Kultur erhalten?
Chancen und Gefahren
für Kulturpolitik an Beispielen
aus den neuen Ländern

KARL-SIEGBERT REHBERG

Bilderstreit und
Wiedervereinigung

UTE MOHRMANN

Zur Volkskunst und zum
Laienschaffen in der DDR

WOLFGANG THIERSE

Hat die kulturelle Substanz »keinen Schaden« genommen?¹

Transformation als Innovation oder Restauration?

Der Titel des mir aufgetragenen Referats ist eine durchaus skeptisch getönte Frage (in deren Mitte der mehrdeutige Begriff Substanz steht).

Ich will mich ihr stellen – ohne der Gefahr der jammernden Klage noch der des Schönredens zu erliegen. Beides wäre nach 25 Jahren deutscher Einheit gänzlich unangemessen.

Ja, aber ... Die institutionelle kulturelle Substanz hat keinen Schaden genommen

Vor einigen Wochen – bei der Vorbereitung eines literarisch-musikalischen Programms zu deutscher Teilung und deutscher Einheit – fiel mir der Text eines Vortrags von Martin Walser »Über Deutschland reden« aus dem Jahr 1988 in die Hand. (Martin Walser hat damals für diesen Text viel Kritik erfahren.) Darin findet sich – unter Bezugnahme auf ein wirklich schönes Gedicht von Wulf Kirsten, einem der besten Lyriker aus der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) – der Satz: »Ich glaube, in der DDR sei uns etwas gespart.« Walser nennt es »unblamiertes Deutsch«.

Der Artikel 35 des Einigungsvertrages ist von ähnlicher positiver Gestimmtheit geprägt: »In den Jahren der Teilung waren Kunst und Kultur – trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation.« (Satz 1 des Artikels)

Ein gewichtiger, folgenreicher Satz – der übrigens nicht nur von Kultur und Kunst der DDR spricht! In ihm ist von der Kulturnation Deutschland die Rede,

¹ Grundlage dieses Beitrags ist der am 18. Juni 2015 auf dem 8. Kulturpolitischen Bundeskongress »Kultur.Macht. Einheit? Kulturpolitik als Transformationspolitik« gehaltene Vortrag in Panel 2 »Hat die kulturelle Substanz »keinen Schaden« genommen? Transformation als Innovation oder Restauration«.

deren Zukunft zur gemeinsamen politischen Aufgabe durch den Einigungsvertrag gemacht wird!

Das war eine faktische und rechtliche Höherwertung von Kulturpolitik, war die Legitimation von gesamtstaatlicher, also Bundes-Kulturpolitik. Diesem Artikel verdanken wir *BKM*, *Kulturausschuss des Bundestages*, viele Bundesaktivitäten, die inzwischen (erstaunlicherweise) ganz selbstverständlich geworden sind. Man vergleiche damit die vorsichtigen Formulierungen in Artikel 35: Bundesaktivitäten sollen nicht ausgeschlossen sein, heißt es da mehrfach. Insofern hat die Vereinigung/der Einigungsvertrag die Substanz deutscher Kulturpolitik positiv verändert: Kultur ist ein lebendiger, unersetzlicher Beitrag zur Nationbildung, nüchterner formuliert: zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, zum gelingenden gesellschaftlichen Zusammenleben.

Im 2. Absatz des Artikels 35 findet sich dann der Satz: »Die kulturelle Substanz in dem in Artikel 3 genannten Gebiet darf keinen Schaden nehmen.«

Warum auch immer (und von wem) der Begriff der Substanz (das Wesentliche, Bleibende, im Wechsel Beharrende) gewählt wurde, damit war ganz selbstverständlich ein konservativer Akzent gesetzt. Die Kritik daran fällt leicht, ich teile sie nicht (oder nur teilweise).

Denn schließlich waren Erhalt, Sanierung, Modernisierung der kulturellen Infrastruktur, vor allem des baulichen Erbes von elementarer, von dringender Notwendigkeit. Ich erinnere mich jedenfalls noch an deren traurigen Zustand am Ende der DDR. Und es ist wahrlich Erstaunliches geleistet worden – durch eine ganze Folge von Programmen, die ich hier nicht alle aufzählen muss: vom »Substanzerhaltungsprogramm Kultur« über das »Leuchtturmprogramm«, die Förderung der Hauptstadt- und Stadtkultur, das »Denkmalschutzprogramm«, das »Sonderprogramm zur Förderung für nationale Kultureinrichtungen in Ostdeutschland« bis zum »Gedenkstätten-Förderkonzept« und den Aktivitäten der Bundeskulturstiftung in Ostdeutschland und so weiter und so fort.

Und die Milliarden und Millionen haben Wirkung gezeitigt. Die materielle Grundlage, also Städtebau, Baudenkmale, kulturelle Apparaturen, also Theater, Museen, Konzerthallen, Gedenkstätten, Archive und Sammlungen, Schlösser und Gärten und so weiter sind saniert und modernisiert. Und vor allem: Sie werden teilweise dauerhaft vom Bund mitfinanziert. Eine respektable Leistung. Wer sie nicht sieht, ist entweder blind oder böswillig. Görlitz ist für mich das schönste Beispiel.

Also sage ich noch einmal: Diese kulturelle Substanz hat nicht nur keinen Schaden genommen, ist nicht nur restauriert, sondern im Wesentlichen zukunftsfähig gemacht worden.

Aber – das ist die erste notwendige Einschränkung – nicht alles konnte gerettet und erhalten werden von der reichen kulturellen Infrastruktur der DDR – die geprägt war durch die Tradition feudaler Kleinstaaterei einerseits und zentralisti-

scher Lenkung und Förderung durch den SED-Staat andererseits: Über 200 Theater gab es, fast 90 Orchester, fast 1000 Museen, über 100 Musikschulen, fast 1000 Bibliotheken! Jeder Verlust und jeder Einschnitt, auch wenn er als notwendige Strukturveränderung daherkam, aber war und ist schmerzlich.

In jedem einzelnen Fall war und ist zu prüfen, was unausweichlich, was fehlerhaft war im notwendigen Wandel von zentralistischen zu föderalen Strukturen, von ideologisch bestimmter zu freiheitlich-demokratisch bestimmter Kulturpolitik, von misswirtschaftlich geführten zu marktwirtschaftlich beeinflussten Entscheidungsmechanismen. Das ging und geht bis heute nicht ohne Konflikte ab.

Zu den Verlusten gehört auch – und das ist die zweite Einschränkung – die drastische Einschränkung, ja Vernichtung der soziokulturellen Strukturen der DDR-Kultur, also der betrieblichen oder gewerkschaftlichen Kultureinrichtungen wie Kulturhäuser und Jugendclubs, der Organisationsformen der Freizeitkultur von den Laienzirkeln bis zu den gemeinschaftlichen Besuchen im Theater oder Museum (als Teil des arbeiterlichen, kollektiven Lebens). Sie sind Opfer des wirtschaftlichen Systemwandels geworden. Ob sie durch kulturpolitische Anstrengungen zu bewahren gewesen wären, ist sehr, sehr zweifelhaft. Aber ihr Verlust bleibt zu verzeichnen.

Offene Fragen.

Die künstlerischen Hinterlassenschaften der DDR sind noch längst nicht erledigt

Kulturelle Substanz – das ist gewiss und selbstverständlich nicht nur das materielle Erbe; die Infrastruktur sind nicht nur die Institutionen – zu ihr gehören selbstverständlich auch die Akteure des kulturellen Lebens und deren Wirken und deren Hinterlassenschaften, also die Künstler und deren Aktivitäten und Produkte. Die aber sind – ich übertreibe – auf ziemlich rüde Weise negativ abgeurteilt oder abgewertet oder nicht beachtet worden. Was im Westen bis 1989 als politisch und intellektuell interessant und spannend galt an KünstlerInnen der DDR und ihren Werken, das galt plötzlich nicht nur politisch, sondern auch ästhetisch als fragwürdig und minderwertig. Ich erinnere an die verletzenden Auseinandersetzungen um die Vereinigung der beiden PEN-Zentren und der beiden Berliner Akademien der Künste. Ich erinnere an den Streit um Christa Wolf. Ich erinnere an den endlos langen Bilderstreit, der seinen Ausgang nahm von der Bemerkung von Georg Baselitz: »... es gibt keine Künstler in der DDR ... sie sind ganz einfach Arschlöcher.«

Das waren gewiss auch nachgeholte Auseinandersetzungen, die zu DDR-Zeiten nicht geführt werden konnten. Und sie waren wohl auch deshalb so heftig, weil wirklich erlittenes Unrecht endlich zur Sprache kommen musste, Verletzungen tief saßen und alte Wunden nicht geheilt waren.

War der Streit, waren Einseitigkeiten, Abwertungen, Verletzungen notwendig und unvermeidlich? Wer weiß das schon. Aber auch im Bereich der Kultur galt das Grundmuster, nach dem die deutsche Vereinigung politisch, rechtlich, wirtschaftlich, sozial erfolgte: Was im Westen Deutschlands galt, wurde auf den Osten

Deutschlands übertragen. Ich sage das nicht mit dem billigen Unterton des Vorwurfs, denn die Fakten waren ziemlich eindeutig. Wenn ein politisch wie wirtschaftlich ziemlich erfolgreiches System und ein politisch wie wirtschaftlich gescheiteres System zusammenkommen, sind die Gewichte klar verteilt. Die einen werden die Lehrmeister, die anderen die Lehrlinge, die einen liefern die Norm, die anderen haben sich danach zu richten. Bei den einen hat sich nichts zu ändern, bei den anderen so ziemlich alles. Nochmals, ich sage das nicht im Ton des Vorwurfes. Es war ja zu begreifen, dass niemand in Freiburg im Breisgau so leicht das Gefühl entwickeln konnte, es müsse sich bei ihm etwas ändern, nur weil in Leipzig ein System gestürzt beziehungsweise zusammengebrochen war. Inzwischen aber haben selbst die im fernen Südwesten längst begriffen, dass die unerhörte Begebenheit von 1989 Folgen für sie hatte.

Ich erinnere daran, weil ich mich in den vergangenen 25 Jahren immer wieder gefragt habe, warum eigentlich das, was politisch, wirtschaftlich, rechtlich, sozial mit einer gewissen Unausweichlichkeit gegolten hat (übrigens nicht ohne – wenn auch gelegentlich schmerzlichen – Erfolg), warum dies auch für die Künste, deren Akteure und Werke unbedingt gelten musste?

Wenigstens bei den Künsten, den KünstlerInnen hätten doch andere Maßstäbe der Bewertung, der Abwicklung oder Nichtabwicklung gelten können, ja müssen. Denn, ich sage es auch noch nach 25 Jahren: die Künste und die KünstlerInnen waren nicht in der gleichen Weise »abgewirtschaftet«, wie das für Politik, Recht, Medien, Moral und eben die Wirtschaft in der DDR gegolten hat!

Die Kultur in der DDR war, gewiss, ein ideologisch umkämpfter Raum. Die SED nahm die Künste auf sowohl pathetische wie bestürzende Weise ernst – als Instrument des Klassenkampfes, wie der ideologischen Erziehung, wie der Persönlichkeitsbildung, womit durchaus verschiedene Formen und Ziele der Instrumentalisierung gemeint waren. Mit welchem Fleiß und welchem Ernst sich alle Ebenen des Partei- und Staatsapparates den Künsten zu widmen hatten, will mir noch im Rückblick staunenswert erscheinen, wie es mir in der DDR immer mal auch Angst erzeugte. Das schloss übrigens Respekt, ja Ehrfurcht vor Kunst und KünstlerInnen bei Funktionären nicht aus, aber kleinkarierte, dumme Verachtung und Herabwürdigung gegenüber KünstlerInnen ebenfalls nicht. Misstrauen, Unsicherheit und Unwissen gehörten zum kulturpolitischen Habitus.

Das Ergebnis ist bunt und widersprüchlich. Da darf nichts beschönigt werden. Es gab unsäglich viel unsäglich schlechte Kunst, propagandistische Machwerke, miesesten sozialistischen Realismus. Ich nenne keine Namen, aber ich zitiere die schönste Definition des sozialistischen Realismus, die mir bisher unter die Augen gekommen ist, sie stammt von Friedrich Dieckmann: »Sozialistischer Realismus, das war nach dem Willen der Erfinder dieser Leitlinie der Kunst die Widerspiegelung der Wirklichkeit unter Einbeziehung jener objektiven Gesetzmäßigkeiten, die die herrschende Partei so liebte, weil sie sich (und anderen) vorgaukelte, sie selbst verkörpere sie.«

Die Kultur in der DDR war also ein gewiss ideologischer und politischer Kontrolle unterworfenen Raum. In ihm musste Autonomie immer wieder neu erkämpft werden und in ihm gelang Lenkung, so sehr sie versucht wurde, nie total. Jeder wache Kunst-Zeitgenosse konnte in der DDR Beispiele trotziger Selbstbestimmung und Selbstbehauptung nennen – in Literatur, Bildender Kunst und Musik vor allem, aber auch im Theater, im Spiel- und Dokumentarfilm und in der Fotografie. Man kannte und suchte sie, gab ihre Namen weiter, wartete auf ihre nächsten Texte, Bilder, Filme, Ausstellungen. Ein eigentümlicher Kommunikationsraum war das, nur wenig oder gar nicht vermittelt durch das Feuilleton, sondern von Mund zu Mund. Öffentliche Aburteilungen machten neugierig. Eine Gegenöffentlichkeit, diffus und in der späten DDR immer besser organisiert, von beunruhigendem Ausmaß und Inhalt in den Augen der Oberen. Denn das waren die Künste in der DDR ja auch: Als Gegenöffentlichkeit war Kultur ein Ort der Beheimatung der Bürger, ein wichtiger Teil der Notgemeinschaft gegen den Staat, seine Zudringlichkeiten, seine Unwahrheiten. Die Künste, das Lesen, Schauen, Hören, das waren wirklich Überlebensmittel.

Kunstwerke und Debatten über sie waren zu DDR-Zeiten wahrlich keine Feuilleton-Angelegenheiten. Im Gegenteil, sie waren von teilweise geradezu existenziellem Ernst. Sie waren wesentlich, auch das gehört zur kulturellen Substanz, die »Schaden genommen« hat. Sollen wir deshalb dem früheren politischen Zustand namens »Diktatur des Proletariats« nachtrauern, dem diese besondere Wichtigkeit der Künste geschuldet war, die durch die Freiheit, durch den Markt erledigt erscheint?

Es hat lange gedauert, bis der einseitige Blick, das forschende Urteil über die KünstlerInnen und die Kunstwerke aus der DDR – geprägt durch das Grundmuster der deutschen Vereinigung – relativiert, gar überwunden wurde und einer differenzierten Sicht gewichen sind. Für die Bildende Kunst nenne ich als Beispiele – nach zuvor böswillig einseitigen Ausstellungen – die Rückschau »Kunst in der DDR« in der *Neuen Nationalgalerie* in Berlin 2003 und dann – 13 Jahre nach dem Eklat von Weimar – die Ausstellung »Abschied von Ikarus« in Weimar 2012.

Insgesamt aber ist die angemessene Bewertung und die Wiederaneignung der Kultur, der künstlerischen Produktionen, Hinterlassenschaften aus der DDR – in diesem Sinne ihrer kulturellen Substanz – noch längst nicht erledigt. Sie steht in weiten Bereichen noch aus.

Pluralismus ist keine Idylle. Konflikthafte Selbstverständigung im Medium der Kultur

Ist das aber überhaupt noch von Gewicht, von Interesse? In einer Zeit und einer Gesellschaft, in der die Vereinigungsfolgen, auch die Vereinigungsschmerzen längst überlagert sind von anderen Konflikten und Herausforderungen. Die nicht mehr so sehr innerdeutsche Ost-West-(Ossi-Wessi-)Konflikte sind, sondern die Herausforderungen einer in verschiedenen Dimensionen widersprüchlichen pluralistischen Gesellschaft in einer globalen Welt. Eine Gesellschaft, in der sich die Frage

nach der kulturellen Substanz und deren Transformation gänzlich anders stellt. In der das Nachwirken der (bundes-)deutschen Lebenslüge, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, und das Ausbleiben eines wirklich tiefgehenden Gesprächs über Deutschland als Einwanderungsgesellschaft viel folgenreicher geworden sind, als dieser oder jener ostdeutsche Substanzverlust oder Transformationsfehler.

»Die deutsche Gesellschaft hat sich durch Migration stark verändert und immer mehr Menschen nehmen für sich in Anspruch, als Bürger diesen Wandel mitzugestalten« – so sagt es die Berliner Migrations- und Integrationsforscherin Naika Foroutan. Es gehe »um die fundamentale Aushandlung von Rechten und Zugehörigkeit, von Teilhabe und von Positionen. Das ist das neue Deutschland. Es handelt sich und seine nationale Identität gerade postmigrantisch aus.«

Dieser Prozess ist offensichtlich eine ziemliche Herausforderung, erzeugt Misstöne und Ressentiments und macht vielen (Einheimischen) Angst, vor allem unübersehbar und unüberhörbar im östlichen Deutschland. Pegida ist dafür ein Symptom. Vertrautes, Selbstverständliches, kulturelle Traditionen und soziale Gewohnheiten: Das alles wird unsicher, geht gar verloren, individuelle und kollektive Identitäten werden infrage gestellt – durch das Fremde und die Fremden, die uns nahegerückt sind – durch die Globalisierung, die offenen Grenzen, die Zuwanderer, die Flüchtlinge. Pluralismus ist keine Idylle.

Was ist angesichts dessen ostdeutsche ideelle, moralische, kulturelle Substanz, was soll oder kann von ihr bleiben? Oder war sie nur rückständige Pluralismus-Unerfahrenheit, gar Pluralismus-Unfähigkeit?

Jedenfalls wird auch in unserem Land sichtbar, dass Globalisierung nicht nur eine Explosion der Präsenz kultureller Vielfalt, kulturellen Reichtums ist. Wie schön. Sie ist auch ein vielfältiges kulturelles Konfliktgeschehen, ein radikaler kultureller Transformationsprozess.

Sie stellt vieles in Frage. Vor allem die Fiktion homogener Nationalkulturen und den vertrauten Herderschen Kulturbegriff, die beide im Artikel 35 des Einigungsvertrags gewiss nachgewirkt haben. Aber bestätigt die Globalisierung mit ihren Folgen deshalb einfach die gegensätzliche Vorstellung von Kulturen als Vermischungen im Fluss? Sollten wir also nur noch von Interkultur sprechen? Und die Tendenz zur »Kreolisierung«, zum kulturellen McWorld, zum kulturellen Einheitsstrom oder zum »Kulturplasma« (Michael Schindhelm), mit ökonomischer Macht durchgesetzt oder durch die Digitalisierung erzeugt, nicht nur konstatieren, sondern auch bejubeln? Die Ängste genau davor, die Abwehr dessen, der Kampf dagegen, machen einen Hauptteil der gegenwärtigen kulturellen Globalisierungskonflikte aus. Die Verteidigung kultureller Vielfalt ist durchaus auch ein wesentliches Motiv der TTIP-Kritik.

Ich zitiere Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier aus seiner Rede auf der Konferenz des *Goethe-Instituts* »Dialog und die Erfahrung des Anderen«: »In Zeiten von gewalttätiger Auseinandersetzung und Vertreibung sind kulturelle Identitäten besonders bedroht. Sie zu schützen ist Voraussetzung für Verständni-

gung. ... Kultur darf weder Raub- noch Handelsgut werden. Denn Kultur ist ein Weg zur Vergewisserung der eigenen Identität.«

Was hier als ein Leitmotiv moderner auswärtiger Kulturpolitik ausgesprochen ist, das gilt wohl auch für die Frage nach der Kultur im eigenen Land? Die Antwort auf diese Frage heute hat Voraussetzungen zwingender Art. Wir haben nämlich in Theorie und Praxis zu begreifen,

- dass wir der Kulturalisierung (wie auch der Ethnisierung, Ideologisierung, religiösen Überhöhung) wirtschaftlicher, sozialer, politischer Gegensätze und Konflikte zu widersprechen haben;
- dass wir auf die Unterscheidung und den Zusammenhang von kultureller Selbstbehauptung einerseits und fundamentalistischer Politisierung kultureller Identität andererseits zu achten haben;
- dass es nicht um »Interkultur« (als einer Art neuer Substanz), sondern um Dialog (nicht Kampf) der Kulturen als Verständigungsprozess zwischen prinzipiell Gleichen, aber Verschiedenen geht (denn Dialog setzt verschiedene Identitäten voraus);
- dass es um die Entwicklung, die Ausbildung kultureller Intelligenz (im Sinne interkultureller Kompetenz), also um die Stärkung der Individuen gehen muss, nämlich um ihre Fähigkeit zum Verständnis, zum Nachvollzug von Denkmustern und Geschichtsbildern, von »Narrativen«, von Ängsten und Hoffnungen der Anderen, der Fremden, und diese Fähigkeit ist nicht zu haben ohne ein Quantum an Distanz gegenüber der eigenen und kollektiven Identität;
- dass durch die Dialektik kultureller Entwicklung in der globalisierten Welt (einerseits) Innovationen, neue Qualitäten durch und in Kombination und Durchmischung, also in und durch »Crossover« und Multikulturalität erzeugt werden – womit aber eine scheinbar überwältigende Tendenz der Angleichung in Popkultur, Konsumästhetik, Bilderwelt verbunden ist – worauf (andererseits) Prozesse der Rückbesinnung auf lokale, regionale, nationale Prägungen und Traditionen reagieren. Roland Robertson bezeichnet diese Ambivalenz kultureller Globalisierungsprozesse treffend als »Glokalisierung« (»Glocalization«).

Dies alles vorausgesetzt und begriffen, stellt sich die Frage nach kultureller Substanz mit neuer, anderer Dringlichkeit. Sie lautet dann: Welche kulturellen Traditionen dürfen und sollen wir pflegen, für welches Erbe sollen und dürfen wir Verantwortung übernehmen – in einem pluralistischen, migrantischen Land? Sie lautet dann: Was ist – angesichts von kultureller Globalisierung, also von Entgrenzung und Beschleunigung, von Enttraditionalisierung und Nivellierungstendenz – das Eigene, das erhaltenswert ist? Bei Hölderlin lese ich: »Das Eigene muss so gut gelernt sein wie das Fremde.« Ist die Frage nach dem Eigenen also sinnvoll und nicht etwa reaktionär?

Gerade in Zeiten heftiger, beschleunigter technisch-wissenschaftlicher, wirtschaftlicher, sozialer, politischer Umbrüche ist das individuelle und kollektive Bedürfnis nach Vergewisserung und Verständigung, nach Identität besonders groß.

Und damit, so meine ich, sind wir im Raum der Kultur. Sie – die Kultur, die Künste – schaffen Erfahrungsräume menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit, in denen die Menschen jenseits ihrer Marktrolle als Produzenten und Konsumenten agieren und sich wahrnehmen können. Hier wird über Herkunft und Zukunft, über das Bedrängende und das Mögliche, über Sinn und Zwecke, über das Eigene und das Fremde reflektiert, kommuniziert, gespielt und gehandelt. Kultur ist eben mehr als normativer Konsens, als individuelle Werteübereinstimmung, auch mehr als das Bewusstsein von der Kostbarkeit und der Gefährdung der Freiheit und der Menschenwürde. Das ist sie auch, aber sie ist vor allem auch Raum der Emotionen, der Artikulation und Affektation unserer Sinne, Raum des Leiblichen und Symbolischen.

Als je konkrete, je bestimmte, je besondere Kultur ist sie nicht nur ein Modus, ein Raum von Verständigung, sondern ein geschichtlich geprägtes Ensemble von Lebens-Stillen und Lebens-Praktiken, von Überlieferungen, Erinnerungen, Erfahrungen, von Einstellungen und Überzeugungen. Als solche bestimmt Kultur mehr als andere Teilsysteme der Gesellschaft die (relativ stabile) Identität einer Gruppe, einer Gesellschaft, einer Nation. Gilt dies nicht mehr in globalisierter Welt, darf es nicht mehr gelten in pluralistischer migrantischer Gesellschaft? Die aber doch das Bedürfnis nach Identität verstärken und dessen Befriedung zugleich erschweren. Ich wiederhole den Hölderlin-Satz: »Das Eigene muss so gut gelernt sein wie das Fremde.«

Weimar sei nicht alles und vor allem nicht überall, so behauptet der Problem-aufriss zu diesem Kongress: Weimar stünde für die Kultur bildungsbürgerlicher Eliten, sei also von gestern. Ich meine das nicht. Weimar ist eine Metapher für kulturelle Substanz, die nicht abgegolten ist, die nicht erledigt ist. Aus Weimar haben wir den Begriff der Weltliteratur, in Weimar haben wir ein Beispiel für die Aneignung des Fremden und seine Anverwandlung in Eigenes.

Wenn in einer migrantischen Gesellschaft, die wir sind und noch mehr werden, Integration eine der großen Aufgaben ist, dann müssen wir eine Vorstellung davon haben, wo hinein integriert werden soll. Die Frage scheint eine Zumutung zu sein. Oder ist sie ein Tabu? Oder einfach überflüssig?

Das ist sie gewiss nicht, denn Integrationskonflikte haben immer auch und gerade eine kulturelle Dimension. Auf Deutschland bezogen, wähle ich das spektakulärste Beispiel, falle mit der Tür ins Haus: »Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben«, hat Bundespräsident Joachim Gauck Anfang des Jahres formuliert. »Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz«. Gauck spricht von einer kulturellen Erbschaft, die nicht auszuslagern ist. Integration nach Deutschland hinein enthält diese kulturelle Zumutung. Darin sind wir uns vermutlich einig; was sonst noch zur kulturellen Substanz Deutschlands gehört, das kann und muss Gegenstand immer neuer gesellschaftlicher Verständigung sein.

Das kulturelle Erbe als unser gewachsener kultureller Reichtum (»die Substanz«) bleibt (bzw. muss bleiben) die Basis, der Bezugspunkt dieser Verständigungspro-

zesse. »Wer sich seiner selbst nicht sicher ist, der wird sich schwertun, sein Gegenüber zu verstehen«, hat Steinmeier in der erwähnten Rede gesagt.

Das führt zurück auf den (inzwischen geschmähten) Begriff der Kulturnation, der für den Artikel 35 des Einigungsvertrages mit seiner großen kulturpolitischen Aufgabenformulierung so wesentlich war. Ich halte den Begriff nicht für obsolet. Denn ich meine, das Verständnis von Nation wird im zusammenwachsenden Europa (und auch in der globalisierten Welt) immer weniger von dem der Staatsnation und immer stärker von dem der Kulturnation geprägt werden. Eine Vielfalt gewachsener und sich verändernder Kulturnationen auf dem gemeinsamen Fundament der westlichen, demokratischen Werte – das wäre ein europäisches Verständnis von Nation, das nichts mehr mit der gefährlichen Überheblichkeit des Nationalismus zu tun hätte. Dies wäre ein Begriff von deutscher Kultur, der nichts Verschlossenes und Abgeschlossenes meint, der nicht der Aus- und Abgrenzung bedarf, der nicht ein Begriff der kulturellen Feindschaft und Abwehr ist. Er stünde in der Tradition eines selbstbewusst gelassenen, also europäisch normalen Umgangs mit der eigenen kulturellen Identität, die sich nicht zurückdrängen und fixieren lässt auf die Ängste vor Identitätsverlust. Denn sie setzt auf Aufnahmebereitschaft, auf kulturelle Neugier, auf intellektuelle Bereicherung. Das *Humboldt Forum* in Berlin ist genau dafür ein Symbol.

Ausblick. Die kulturelle Substanz darf auch weiterhin keinen Schaden nehmen

Was nun? Nachdem die Erhaltung der Substanz, also der kulturellen Infrastruktur Ost einigermaßen gelungen erscheint, die ideellen, künstlerischen Hinterlassenschaften umstritten und unsicher bleiben, Konflikt und Streit über neue, schmerzliche Kürzungen und Schließungen nicht aufhören.

Der Alltag von Kulturpolitik – wir wissen das – ist der Streit ums knappe Geld, um notwendige Veränderungen angesichts von Schuldenbremse einerseits und Demografie-Herausforderung (also Alterung und Bevölkerungsschwund) sowie Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung Ost andererseits.

Aber nach 25 Jahren deutscher Einheit und 24 Jahren Substanzerhaltungsanstrengungen kann man feststellen:

1. Kürzungen, Streichungen, Schließungen lösen kein ostdeutsches (auch kein westdeutsches) Finanzproblem, sie gefährden aber das mit so viel – auch finanziellen – Anstrengungen Gerettete.
2. Nach allen Kulturfinanzberichten leisten Städte und Gemeinden den größten Beitrag zur Kulturfinanzierung. Angesichts ihrer teilweise dramatischen Finanznöte (u. a. wegen der gestiegenen Sozialausgaben) ist eine bessere finanzielle Ausstattung und Unterstützung durch den Bund eine zwingende Notwendigkeit (die aber ebenso zwingend auch der Kultur-Finanzierung dienen muss). Denn die Rote Liste der gefährdeten Kultureinrichtungen (die der *Deutsche Kulturrat* regelmäßig veröffentlicht) ist groß und wächst.

3. Nach den Empfehlungen der »Kulturinfarkt«-Autoren zu verfahren, wäre fatal – zumal es so viel des Gleichen (wie die Autoren meinen) im Osten Deutschlands gar nicht gibt. Gewiss aber müssen trotzdem Entscheidungen getroffen werden – aber bitteschön nicht nach Rostocker Muster: Ein neues Theater für die »Hanse Sail«, dafür Streichung von zwei Sparten des Theaters (Sewan Latchinian).
4. Die ostdeutschen Länder geben (laut Kulturfinanzbericht) pro Kopf mehr für Kultur aus als die westdeutschen Länder. Das muss so bleiben, auch wenn es schwerfällt. Denn die reiche kulturelle Infrastruktur gehört zu den (wenigen) Stärken Ostdeutschlands. Es wäre höchst unvernünftig, Stärken zu schwächen. Im Gegenteil: Stärken müssen gestärkt werden.
5. Die Bundeskulturpolitik muss weiterhin ihre Verantwortung für die kulturelle Substanz wahrnehmen. Sie tut es über den Haushalt der *BKM*, also über dauerhafte oder projektbezogene Finanzierungen. Und sie tut es über die *Kulturstiftung des Bundes*. Ich lobe ausdrücklich deren *Fonds Neue Länder*, der bis 2019 verlängert worden ist. Er zielt auf eine Stärkung der Zivilgesellschaft und auf die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft in Ostdeutschland, indem er bürgerschaftliches Engagement in lokalen oder regionalen Projekten unterstützt. Und ich erwähne ausdrücklich das bundesweite Modell-Programm »Transformation von Kultureinrichtungen in strukturschwachen Räumen«. Es stellt sich einem Desiderat bisheriger Substanzerhaltungsanstrengungen: Vor dem Hintergrund des Demografischen Wandels werden ganze Regionen mit ihrem Kulturangebot in den Blick genommen, wird angeregt und gefördert, dass lokale Akteure gemeinsam mit Kommunen und Ländern neue Kooperationen und Arbeitsformen erproben. Die Akteure vor Ort sollen die Ziele und konkreten Veränderungen selbst entwickeln.

Diese beiden Initiativen der Bundeskulturstiftung stellen beispielhaft eine den Problemen angemessene prozess- und akteursorientierte Form der Förderung kultureller Substanz dar, von der ich meine, dass sie zukunftsorientiert ist.

Die deutsche Einheit und der Transformationsprozess der letzten 25 Jahre – sie waren nicht ohne Schmerzen, ohne Schaden zu haben. Das allerdings ist kein Argument für neue Schmerzen, neue Schäden – im Gegenteil!